

II-3996 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

## XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2017/1

1978-07-07

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. TAUS, PETER  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend chaotische Zustände auf Österreichs Straßen  
als Folge der verfehlten sozialistischen Steuerpolitik.

Als vorläufigen Schlußpunkt einer einmaligen Belastungswelle  
hat die sozialistische Bundesregierung am 14. März 1978 dem Nationalrat  
eine Regierungsvorlage auf Einführung einer Transportsteuer  
zugeleitet, obwohl sich im Begutachtungsverfahren alle  
Landesregierungen gegen diese Steuer ausgesprochen haben  
und es sogar einstimmige Landtagsbeschlüsse gegen die  
Einführung einer solchen Steuer gab.

Trotzdem und trotz zahlreicher Warnungen von Experten  
hat die sozialistische Nationalratsfraktion am 12. April 1978  
gegen die Stimmen der Opposition mit hauchdünner Mehrheit  
den Gesetzesbeschuß durchgedrückt.

Am 27. April 1978 wurde der Gesetzesentwurf vom Bundesrat  
beeinsprucht. Dadurch sollte die Sozialistische Partei eine  
Denkpause erhalten, um die immer stärker werdende Kritik,  
daß durch diese Steuer die internationale Konkurrenzfähigkeit  
unserer Wirtschaft vermindert, tausende Arbeitsplätze gefährdet,  
ausländische Retorsionsmaßnahmen angekündigt, die Frächter  
- ohne daß auch nur ein Schilling dem Straßenbau zugute kommt -  
geschröpft, die Bevölkerung belastet sowie die LKW-Lenker  
und Behörden durch die bürokratische Handhabung des untauglichen  
Gesetzes überfordert werden, berücksichtigen zu können.

-2-

Die sozialistische Bundesregierung und die sozialistische Nationalratsmehrheit haben jedoch all diese Warnungen in den Wind geschlagen. Am 29.Juni 1978 wurde mit sozialistischer Mehrheit im Plenum des Nationalrates auf der Einführung der Transportsteuer beharrt.

Dazu kommt noch, daß diese Steuer ausgerechnet am 1.Juli 1978, also zu einem Zeitpunkt, da bekanntlich in Europa die größte Verkehrsbewegung auf den Straßen herrscht, in Kraft trat.

Ergebnis der uneinsichtigen und überheblichen sozialistischen Politik ist die Blockade zahlreicher Grenzübergänge und innerösterreichischer Straßen durch Lastkraftwagen seit vergangenem Montag. Die Folgen daraus - Schädigung unserer Wirtschaft und des Ansehens Österreichs im Ausland - sind derzeit noch nicht absehbar.

Diese spontane Aktion zahlreicher Fernlastfahrer richtet sich u.a. gegen die bürokratische Handhabung des Gesetzes und gegen die Gefährdung tausender Arbeitsplätze in der Transportwirtschaft und in der Fahrzeugindustrie.

Gestern wurde im Bundesrat im Wege einer dringlichen Anfrage und eines Entschließungsantrages nochmals versucht, den sozialistischen Finanzminister zur Einsicht zu bewegen.

Da der Bundesminister für Finanzen offensichtlich nach wie vor nicht bereit ist, von seinem Prestigestandpunkt abzurücken, wurde von Abgeordneten der ÖVP und der FPÖ am heutigen Tag ein Initiativantrag auf Aufhebung der Transportsteuer sowie ein Fristsetzungsantrag eingebracht.

Die Oppositionsparteien verlangen von der Bundesregierung, alles zu unternehmen, um eine Normalisierung auf Österreichs Straßen herbeizuführen, damit unser Land nicht noch mehr an internationalem Ansehen verliert.

-3-

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Warum wurde für die Einführung der Transportsteuer der verkehrspolitisch ungünstigste Zeitpunkt, nämlich der 1.Juli d.J., gewählt?
- 2) Warum wurden die zur Grenzabfertigung (Straßenverkehrsbeitrag und Treibstoffverzollung) erforderlichen Formulare nur in deutscher Sprache aufgelegt?
- 3) Von welchen Ländern sind bisher Vergeltungsmaßnahmen angekündigt bzw. durchgeführt worden?
- 4) In welchem Ausmaß sind Belastungen der österreichischen Frächter durch solche ausländische Vergeltungsmaßnahmen zu erwarten?
- 5) Werden Sie umgehend Schritte einleiten, um die arbeitsplatzgefährdende und wettbewerbsverzerrende Transportsteuer aufzuheben oder zumindest aufzuschieben?
- 6) Zu welchen konkreten Maßnahmen sieht sich die Bundesregierung angesichts der nunmehrigen Situation, die durch ein noch nie dagewesenes Chaos an fast allen österreichischen Grenzübergängen gekennzeichnet ist, veranlaßt?

Gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.